



Jürgen Gansel erklärte im Landtag zur Rückkehrpflicht von Ausländern:

„Wir beschäftigen uns nun schon zum wiederholten Mal mit der Schaffung einer angeblich humanitären Bleiberechtsregelung für Ausländer, die nach geltendem Recht – das muß man immer wieder sagen – gar keinen Rechtsanspruch auf Aufenthalt in der BRD haben und deren Aufenthalt lediglich geduldet wird.“

Jürgen Gansel, NPD-Abgeordneter im Sächsischen Landtag

Der frühere sächsische Innenminister Klaus Hardraht hat im Juni 2001 in einem Interview mit der Nachrichtenagentur „ap“ vorgeschlagen, Asylbewerber in Beugehaft zu nehmen, wenn sie zur Umgehung ihrer Abschiebung ihre Pässe vernichten. Damit solle der Druck auf die Betroffenen erhöht werden, bei ihrer Identitätsfeststellung mitzuhelfen. Nach geltendem Recht könnten rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber nicht abgeschoben werden, wenn sie vorsätzlich ihre Ausweispapiere wegwerfen – so der damalige Innenminister. Etwa 80 % der Antragsteller verfügten nicht über die notwendigen Ausweisdokumente und zeigten sich wenig kooperativ. [...]

Herr Innenminister Buttolo, die Einlassungen Ihres Amtsvorgängers Hardraht belegen, welchen systematischen Rechtsmißbrauch Asylbewerber betreiben, um sich in der Bundesrepublik einen Aufenthaltsstatus zu ergaunern. **Für die NPD-Fraktion ist es völlig inakzeptabel, wenn durch ein fehlgeleitetes Verständnis von Gastfreundschaft die Täuschungs- und Betrugsmanöver von Asylbewerbern am Ende noch zu einem unbefristeten Aufenthaltsstatus führen.**

Herr Buttolo, jetzt einmal Hand aufs Herz! Darf denn heute ein CDU-Innenminister überhaupt kein politisches Rückgrat mehr haben, um diese Wahrheiten gegenüber der deutschen Öffentlichkeit einmal auszusprechen? Muß sich heute ein Mitglied der Staatsregierung den Forderungen von linken Überfremdungslobbyisten unterwerfen und aus Feigheit vor einer gutmenschelnden Medienkritik eine Politik gegen die Interessen des eigenen Volkes betreiben, von dem man doch gewählt wurde?“

INFO-GUTSCHEIN



Diese Veröffentlichung der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht während eines Wahlkampfes zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Vorname _____

Name _____

Straße/Haus-Nr. _____

Postleitzahl/Ort _____

Telefon _____

ePost _____

Bitte schicken Sie mir kostenlos zu:

- ein Informationspaket
- regelmäßig die Fraktionszeitung „Klartext“
- die Info-Broschüre „Die demographische Katastrophe stoppen!“
- die Info-Broschüre „Den Mittelstand entlasten“
- die Info-Broschüre „Politische Visionen statt Selbstzufriedenheit“
- das Themen-Faltblatt „Stundenlohn 8,80 Euro“
- das Themen-Faltblatt „19 % Mehrwertsteuer – das ist Sozialraub“
- das Themen-Faltblatt „Bürgerbahn statt Börsenbahn – gegen die Privatisierung der Deutschen Bahn“

NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Telefon: 0351-49349-00 Telefax: 0351-49349-30

www.npd-fraktion-sachsen.de

Einwanderung in die Sozialsysteme stoppen!



Rückkehrpflicht statt Bleiberecht



EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT
BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND



Ein Bleiberecht für illegale Ausländer bedeutet massenweise Einbürgerung von Ausländern und die Demontage des deutschen Sozialstaates.

Asylbetrug – die Tatsachen

Das bundesdeutsche Asylrecht wird noch immer als Einfallstor für ausländische Betrüger mißbraucht. Tatsache ist: Im Zeitraum von Januar bis August 2005 wurde in den 32.296 bundesweit durchgeführten Asylverfahren lediglich in 318 Fällen ein Asylgrund rechtlich anerkannt. **Die Anerkennungsquote liegt damit bundesweit unter ein Prozent.** Auch in Sachsen lag im Jahr 2004 die Anerkennungsquote deutlich unter ein Prozent: In 4.044 Entscheidungen über Asylanträge wurden lediglich 40 Personen als asylberechtigt anerkannt – der Rest besteht oft aus Asylbetrü gern.

Bleiberecht – Fakten statt Fiktionen

Abgelehnte Asylbewerber haben kein Bleiberecht – das ist die gültige Gesetzeslage. Bei der Duldung von Ausländern handelt es sich nur um einen zeitlich befristeten Aufschub einer bereits rechtskräftig festgestellten Rückkehrpflicht.

Wenn die Ausländerlobby – zu der die Altparteien von der Linkspartei.PDS bis hin zur weichgespülten CDU und die Medien gehört – von einem „Bleiberecht“ schwadroniert, **dann soll verschleiert werden: Ein gesetzliches Bleiberecht für abgelehnte Asylbewerber gibt es bislang nicht – und darf es auch zukünftig nicht geben.**

Irrsinn total – die neue Bleiberechtsregelung

Die Bundesregierung und die Innenministerkonferenz des Bundes und der Länder haben eine neue befristete Bleiberechtsregelung eingeführt: Langjährig geduldete Ausländer sollen bis zum 30. September 2007 eine Übergangsfrist zur Arbeitssuche erhalten. Wer bis zu diesem Termin ein verbindliches Angebot (!) für eine Arbeit vorweisen kann, erhält eine Aufenthaltserlaubnis für zwei Jahre. Alleinstehende Ausländer sollen künftig schon nach acht Jahren Aufenthalt in Deutschland bleiben dürfen, ausländische Familien mit Kindern bereits nach sechs Jahren.

Das ist totaler Multikulti-Wahnsinn: Künftig kann jeder kommen und bleiben – er muß sich nur lange genug in Deutschland aufhalten.

Einwanderung – über die Überfremdungskosten schweigt man

Wenn es um die Kosten der Einwanderung geht, dann sieht man nur ein Achselzucken bei den Altparteien. Eine öffentliche Diskussion über die finanziellen Belastungen findet nicht statt. Niemand nennt genaue Zahlen; eine vollständige Kosten-Nutzen-Analyse der

Einwanderung existiert bis heute nicht. Im Doppelhaushalt 2007/2008 des Freistaates Sachsen sind allein für die Unterkunft von Asylbewerbern jährlich 45 Millionen Euro veranschlagt. Dazu kommen viele weitere Millionen an Kosten für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz – bundesweit sind das zusätzlich 1,25 Milliarden Euro im Jahr.

Einwanderung in den Sozialstaat stoppen!

Der anhaltende Zustrom von Ausländern belastet unsere Sozialsysteme. Wenn wir den Sozialstaat erhalten wollen, dann müssen wir die gesellschaftliche Solidarität heute auf einen bevorrechtigten Empfängerkreis beschränken. **Wir müssen uns entscheiden zwischen Sozialstaat und Einwanderungsstaat.**

Nach Meinung der NPD-Fraktion ist der Sozialstaat nur für deutsche Landsleute in sozialer Not da. Deshalb darf es kein Bleiberecht geben, das weitere Anreize für Einwanderung in unser Sozialsystem schafft und den Mißbrauch durch Asylbetrüger herausfordert. Die NPD-Fraktion setzt sich für die sofortige Rückführung aller in Sachsen illegal lebenden Ausländer ein.



Gemeinsam für ein soziales Sachsen